

Und was wird aus Silvester?

Der letzte Jahreswechsel ging ja bekanntermaßen recht still und ohne großes Feuerwerk vonstatten. Das soll nach dem Willen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes heuer nicht so sein: „Wir sprechen uns gegen pauschale Verbote für Silvesterfeuerwerke aus“, sagte der Sprecher des Bundes, Marc Elxnat. Foto: Felix Kästle/dpa Seite 6



651 Hektar fallen „Flächenfraß“ zum Opfer

Kulmbach – Alle sprechen davon, dass der Landverbrauch gedrosselt werden muss. Dem „Flächenfraß“ wird zumindest in zahlreichen Politiker-Forderungen der Kampf angesagt. Doch wie sieht es in der Realität aus? Die Statistik spricht eine deutliche Sprache. Allein im Landkreis Kulmbach sind in den vergangenen sechs Jahren 651 Hektar an landwirtschaftlichen Flächen für Wohn-, Gewerbe- und Straßenbau verloren gegangen. Eine Fläche, die so groß ist wie 912 Fußballfelder. Am dichtesten ist das Kulmbacher Stadtgebiet bebaut, auf Platz zwei folgt inzwischen Untersteinach. Dort sind vor allem durch den Bau der Umgehungsstraße in jüngster Vergangenheit große Flächen für eine neue Nutzung in Anspruch genommen worden, weist die Statistik aus. mbu Seite 7

Tolle Noten für Kulmbachs Kirchen

Kulmbach – Ob Restaurants, Arztpraxen, Tanzstudios oder auch Kirchen: Zahlreiche Menschen nutzen die Angebote im Internet, um verschiedenste Bewertungen abzugeben. In Kulmbach erhalten die Kirchen zum Teil Bestnoten. „Unsere Liebe Frau“, die katholische Stadtpfarrkirche, schneidet besonders gut ab. „Das ist total subjektiv“, sagt dazu Pfarrer Hans Roppelt. mbu Seite 13

TSV 08 Kulmbach setzt auf E-Sports

Kulmbach – E-Sports erfreuen sich auch in Kulmbach immer größerer Beliebtheit. Computerspiele sind in. So sehr, dass sie sogar jetzt als Sportart anerkannt werden sollen. Beim TSV 08 Kulmbach macht sich der Trend bemerkbar. Dort soll nun eine eigene Abteilung für E-Sports aufgebaut werden. Felix Schneider arbeitet daran mit und erklärt, was er an E-Sports so gern mag. mbu Seite 8

Standpunkt

Erdogan schadet vor allem der Türkei

Zur angedrohten Ausweisung von zehn westlichen Botschaftern aus der Türkei

Von Susanne Güsten

Die Ankündigung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, die Botschafter von zehn wichtigen Partnerstaaten wegen deren Forderung nach Freilassung des Bürgerrechtlers Osman Kavala aus dem Land zu werfen, dient nicht türkischen Interessen. Vielmehr schadet sie der Wirtschaft und dem Ansehen der Türkei – aber sie soll Erdogan aus der innenpolitischen Klemme helfen. Seine Regierung hat die wegen der Pandemie ohnehin angeschlagene Wirtschaft mit fragwürdigen Entscheidungen in die Krise getrieben und verliert anderthalb Jahre vor den nächsten Wahlen an Unterstützung. Jetzt soll das Ausland dafür verantwortlich sein. Erdogan stellt die Botschafter-Krise als unausweichlich hin: Die Diplomaten hätten sich mit ihrem Appell in innere türkische Angelegenheiten eingemischt. Der Westen muss jetzt einerseits die Attacken zurückweisen und auf die Einhaltung demokratischer Spielregeln bestehen, aber andererseits auch die Gesprächskanäle mit der Türkei offen halten. Wer in Ankara kann nach einem Ausweg suchen? Wer sagt Erdogan, dass er in einer Wirtschaftskrise die wichtigsten Handelspartner vergrätzt? Von Antworten auf diese Fragen hängt ab, wie groß der politische Schaden sein wird. redaktion@frankenpost.de Seite 5



Corona-Zahlen steigen rasant

Experten sehen den Anstieg vor allem jahreszeitlich bedingt – und als Folge der Corona-Lockerungen vom September. Auch die geringe Impfquote im Freistaat treibt die Inzidenz nach oben – zuletzt auf 173.

Von Jürgen Umlauf

München – Die Corona-Infektionszahlen in Bayern steigen wieder rasant an. Am Sonntag meldete das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) eine landesweite Sieben-Tage-Inzidenz von 173,1, genau eine Woche davor lag der Wert noch 109 – eine Steigerung um 58,8 Prozent. Bei Ungeimpften gibt das Landesamt aktuell eine Inzidenz von knapp 300 an, bei Geimpften von 33,6. Der Anstieg macht sich auch in den Krankenhäusern bemerkbar. Seit Einführung der „Krankenhaus-Ampel“ im September hat sich zum Beispiel die Belegung der Intensivstationen mit Covid-19-Patienten auf derzeit 326 fast verdoppelt. Allein in der vergangenen Woche sind 65 neue Fälle dazugekommen, ein Plus von 25 Prozent. Auch wenn sich dank des Impffortschritts

die Steigerungsraten bei Neuinfektionen und Intensivpatienten entkoppelt haben, könnte die „Krankenhaus-Ampel“ mit Erreichen des Grenzwertes von 600 schon zu Beginn der Adventszeit auf Rot stehen, sollte die aktuelle Dynamik anhalten. Die Folge wären wieder Kontaktbeschränkungen und eine FFP2-Maskenpflicht. Experten wie der Virologe Oliver Keppler von der Uni München sehen den Anstieg in erster Linie als jahreszeitlich bedingt. So steigt die Zahl der Infektionserkrankungen im Herbst immer an. Ein Grund dafür ist, dass sich die Aktivitäten der Menschen wegen der kalten Witterung wieder zunehmend ins Innere von Gebäuden verlagern, wo sich Infektionen schneller ausbreiten. Einen weiteren Beitrag könnte leisten, dass Beschäftigte wieder aus dem Homeoffice in die Büros zurückkehren. Aktuelle Zahlen dazu gibt es nicht, doch ein Blick in die öffentlichen Verkehrsmittel während der Stoßzeiten ist ein Indiz dafür. Busse und Bahnen sind da fast schon wieder so gut gefüllt wie vor Corona.

Noch nicht erklärt ist damit aber, warum die Zahlen gerade in Bayern derart in die Höhe schießen. Mit der Inzidenz von 173 liegt Bayern bundesweit auf Rang drei hinter Thüringen (220) und Sachsen (178) und deutlich über dem Bundesdurchschnitt

von 106 (alle Angaben laut Internet-Angaben des Robert-Koch-Instituts, Stand 24. Oktober, 12 Uhr). Das LGL sieht dafür einen möglichen Zusammenhang mit den seit Mitte September verfügbten Lockerungen von den Corona-Beschränkungen und die in Bayern unterdurchschnittliche Impfquote. Sie liegt aktuell bei 63,9 Prozent



Mit einer Impfquote von 63,9 Prozent (vollständig geimpft) liegt Bayern weit hinten.

Foto: Stefan Sauer/dpa

und damit deutlich hinter Ländern wie Schleswig-Holstein (70,9 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (69,6 Prozent). Aus internationalen Erfahrungen wisse man, dass sich bei ungeimpften Personen schnell Infektionswellen aufbauen könnten, schreibt das LGL dazu.

Die aktuellen Zahlen haben die Debatte um ein Ende der Corona-Pandemielage in Deutschland erneut angefeuert. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte sich dieser Tage für ein Ende der Corona-Notlage ausgesprochen. Spahn sagte im Deutschlandfunk, es gehe darum, nach 19 Monaten einen Ausnahmezustand zu beenden. Die Befugnisse der Bundesregierung sollten in einen Normalzustand zurückgeführt werden. Die epidemische Lage ist Grundlage für Verordnungen und zentrale Corona-Maßnahmen in Deutschland. Mit den steigenden Corona-Zahlen keimen auch Sorgen um eine Überlastung des Gesundheitssystems wieder auf. „Die Inzidenzen sind weiterhin extrem eng gekoppelt an die Aufnahmen auf die Intensivstationen“, sagte Christian Karagiannis, leitender Oberarzt an der Lungenklinik Köln-Merheim. Es gebe inzwischen weniger freie Kapazitäten, weil die Zahl der Betten mangels Pflegepersonal verringert werden musste. Seiten 2 und 24

Sarah Vogel wird Sportlerin des Jahres

Juniorensportlerin des Jahres

Große Ehre für die Hofer Stabhochspringerin: Sarah Vogel ist als Juniorensportlerin des Jahres der Deutschen Sporthilfe ausgezeichnet worden. msc Seite 17

Fußball-Bayernliga

Teuer erkaufte ist das gerechte 1:1-Unentschieden der SpVgg Bayern Hof beim TSV Karburg: Torschütze Matej Kyndl muss vorzeitig vom Platz. ts-r Seite 21

Fußball-Bundesliga

Joshua Kimmich outet sich als Impfpflichtverweigerer – und löst eine Debatte aus. msc Seite 19

Eishockey, DEL 2

Der VER Selb gewinnt das Derby gegen Crimmitschau mit 3:2. msc Seite 21

Seehofer für engmaschige Kontrollen

Der Innenminister will mehr Bundespolizisten an die Grenze zu Polen schicken. Damit soll illegale Migration über die Belarus-Route eingedämmt werden.

Von Sebastian Kunigkeit

Berlin – Angesichts der Migration über die Belarus-Route nach Deutschland hält Bundesinnenminister Horst Seehofer auch Grenzkontrollen an der Grenze zu Polen für denkbar, falls die Lage sich nicht entspannt. „Wir haben in der vergangenen Woche die Verlängerung der Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze für weitere sechs Monate in Brüssel angemeldet“, sagte der CSU-Politiker. „Sollte sich die Situation an der deutsch-polnischen Grenze nicht entspannen, muss auch hier überlegt werden, ob man diesen Schritt in Abstimmung mit Polen und dem Land Brandenburg gehen muss.“ Diese Entscheidung werde auf die nächste Regierung zukommen.

Unabhängig davon zeigte Seehofer sich bereit, „falls notwendig“ weitere Bundespolizisten ins Grenzgebiet zu schicken. „An der deutsch-polnischen Grenze haben wir schon jetzt den Grenzschutz mit acht Hundertschaften Bundespolizei verstärkt“, sagte er. „Wir werden den Grenzraum und die grüne Grenze zu Polen engmaschig kontrollieren.“ Das Bundesinnenministerium hatte Anfang der Woche insbesondere auf die Schleierfahndung verwiesen, also verdachtsunabhängige Kontrollen im Grenzgebiet.

Die Europäische Union beschuldigt den belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko, in organisierter Form Flüchtlinge aus Krisenregionen an die EU-Außengrenze zu bringen. Lukaschenko hatte Ende Mai angekündigt, Migranten nicht mehr an der Weiterreise in die EU hindern zu wollen – als Reaktion auf verschärfte westliche Sanktionen. Seehofer hatte seinem polnischen Amtskollegen Mariusz Kaminski deshalb kürzlich gemeinsame deutsch-polnische Streifen an der Grenze vorgeschlagen. An der deutsch-polnischen Grenze in Brandenburg schritt die Polizei unterdessen gegen Rechtsextreme ein, die gegen Migranten vorgehen wollten. dpa